

**NEWS
&
THEMEN**

Arbeitnehmer
Arbeitgeber
Arbeitsplätze
Leiharbeit
Generationen
Auszubildende
Zeitfirmen
Praktikum
Hartz IV
Agenda 2010
Jobcenter
Gewerkschaften
Bundesagentur
für Arbeit
und vieles mehr

Echnatons View

Unabhängige Online-Zeitung für
Arbeitnehmer und Neugierige!

Arbeitsrelevante Themen aus einem
anderen Blickwinkel betrachtet!

Ausgabe 10 / Dezember 2017



Psychische Belastung am Arbeitsplatz

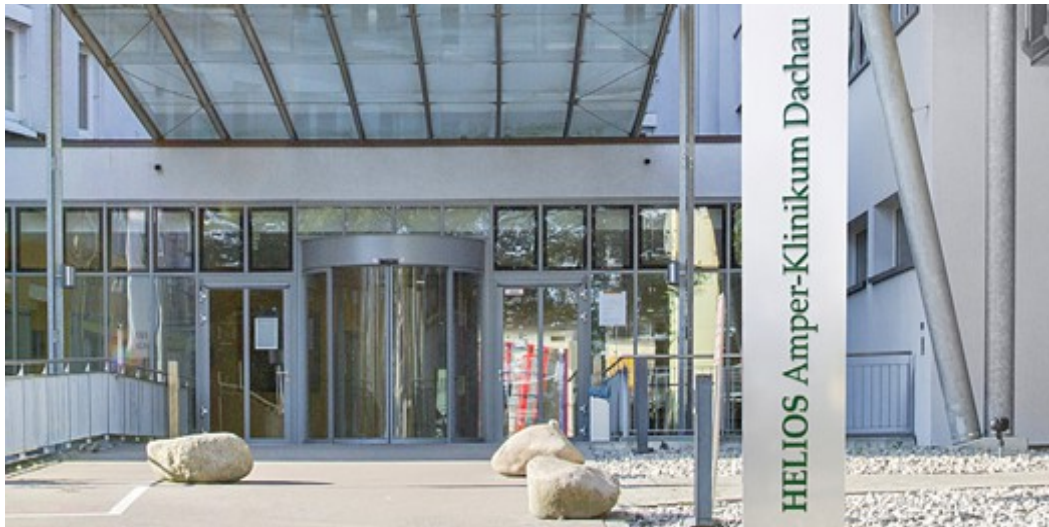
Wenn der permanente Stress-Level krank macht!

Psychische Belastung am Arbeitsplatz: Nicht nur körperliche Belastungen wirken sich auf die Arbeitsleistung aus, sondern auch psychischer Stress. Störungen der Konzentrationsfähigkeit, des Gefühlsstatus und der Aufmerksamkeit sind die Folge. Untersuchungen haben bestätigt, dass es in jeder Arbeitsbranche Stress gibt. Dieser kann herausfordernd und motivierend wirken. Allerdings zieht ein konstant hohes Stress-Level verheerende psychische Folgen nach sich. Psychische Belastungen können zeitlich beschränkt auftreten oder von langfristiger Natur sein. Im schlimmsten Fall besteht die Möglichkeit, dass sich chronische Berufskrankheiten herausbilden. Entsprechend hat der Gesetzgeber psychische Belastung seit einiger Zeit im Arbeitsschutzgesetz als Problem definiert. Die Quellen psychischer Belastungsfaktoren am Arbeitsplatz sind vielfältig. Grundsätzlich kann aber unterschieden werden auf Probleme in den Arbeitsaufgaben, der Arbeitsorganisation, den sozialen Beziehungen oder der Arbeitsumgebung. In den meisten Positionen ist zur Bewältigung der Arbeitsaufgaben und zur Gewährung der Firmeninteressen ein gewisses Maß an Kommunikation nötig. Bei mangelndem Feedback und einer fehlenden Würdigung positiver Leistungen, kann als Konsequenz von schlechter Kommunikation psychischer Druck entstehen. Eine offene Informationspolitik innerhalb des Betriebes und ein Mitspracherecht am Arbeitsplatz wirken dem entgegen. Auch der Aufgabenbereich kann als Quelle für psychische Belastung fungieren. Sowohl Überforderung als auch Unterforderung, auch unter den Begriffen „Burnout“ und „Boreout“ bekannt, haben negative Auswirkungen. Mit einer angemessenen Personal- und Aufgabenplanung können Unternehmen ihrer Pflicht nachkommen und einer gesteigerten Fehlerquote mit Absinken der Leistungskurve entgegenwirken. Beschäftigte halten sich in der Regel acht bis neun Stunden in ihrem Arbeitsumfeld auf. Auf die Beschaffenheit der Räumlichkeiten ist daher zu achten. Besonders Die Temperatur und der Bürolärm sind hierbei wichtige Faktoren. Eigene Richtlinien beim Thema Lautstärke sowie ausreichend Trinkwasser und eine Abschirmung der Sonne durch Jalousien bei hohen Temperaturen sind gangbare Lösungen.

Auch Fehler in der Arbeitsorganisation, beispielsweise in Form dauerhafter Unterbrechungen wirken psychisch belastend. Kundenberater, die zeitgleich sowohl persönlich als auch telefonisch Kundschaft beraten müssen stehen unter enormen Druck, unter der zwangsläufig die Beratungsqualität leidet. Unternehmer stehen in der Pflicht Prioritäten klar zu definieren, Störfaktoren zu minimieren und Aufgaben besser zu verteilen, denn auch zu viel Verantwortung kann sich als psychischer Stressfaktor erweisen. Die Folgen von konstantem psychischen Stress äußern sich im Burnout, bei dem sich Betroffene innerlich leer fühlen, gesteigertem Alkoholkonsum und chronischen Schmerzen, denn auch physische Belastungen ziehen körperliche Auswirkungen nach sich. Arbeitgeber stehen daher in der Pflicht Stressfaktoren entgegen zu wirken und sind gesetzlich dazu aufgefordert eine Evaluierung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz vorzunehmen. Dabei kann der Arbeitgeber einem Sieben-Punkte-Plan folgen. Trotz des Umstandes, dass es eine Straftat darstellt, dem Arbeitsschutz nicht nachzukommen, gab es in naher Vergangenheit keine gerichtliche verhängte Strafe gegen Arbeitgeber, wegen Nichtbeachtung psychischer Belastungsfaktoren. Eine mögliche Option zur Erhaltung der eigenen Gesundheit ist für viele Arbeitnehmer daher nur den Job wegen psychischer Belastung zu kündigen.

Weitere Informationen rund ums Thema Psychische Belastung am Arbeitsplatz und weiteren rechtlichen Bestimmungen des Arbeitsschutzes in Deutschland hat der Berufsverband der Rechtsjournalisten e. V. auf seinem umfangreichen Ratgeberportal www.arbeitsschutzgesetz.org zusammengestellt

Zweiter Warnstreik an den Helios Amper Kliniken: Bericht der Unabhängigen Betriebsgruppe am Klinikum Dachau



Nachdem Helios in der dritten Verhandlungsrunde am 16. Oktober erneut ablehnte über eine personelle Mindestbesetzung zu verhandeln, war klar, dass ein erneuter Streik bevorstehen würde. Dabei lehnten sie sämtliche Vorschläge von verdi pauschal ab. Sogar eine Befragung der Klinik MitarbeiterInnen zur allgemeinen Belastungssituation.

Stattdessen schlugen sie vor eine Arbeitsgruppe zu gründen, die eine solche Befragung durchführen sollte – im Jahr 2019. Eine modifizierte Version der beim ersten Streik geltenden Notdienstverordnung wurde von Helios abgelehnt. Stein des Anstoßes war das Vorhaben eine Station komplett zu bestreiken. Helios kündigte an, im Falle dessen, den gesamten Warnstreik per einstweiliger Verfügung verbieten lassen zu wollen. Verdi ruderte daraufhin zurück und beschloss auf die Stationsschließung zu verzichten. Sehr zum Verdruss der dortigen KollegInnen, die natürlich darüber nur informiert wurden. Dennoch musste der zweite Streik den ersten übertreffen und das tat er. Aufgerufen wurde von 25.10. um 6 Uhr bis 26.10. 22 Uhr.

Nichtsdestotrotz war die Stimmung unter aktiven KollegInnen kämpferisch. Die Teamdelegierten setzten erneut Streikposten zum Streikbeginn um 6 Uhr morgens durch. Es wurden Antigen-Flugblätter verteilt, die in Kürze erklären, warum wir erneut streiken. An beiden Streiktagen wurden davon mehrere hundert Stück vor dem Betrieb verteilt. Leider zeigte sich am ersten Tag auch ein großes Manko. Nachdem Helios bis zuletzt die Notdienstvereinbarung abgelehnt hatte, wurde von Seiten der verdi zugesagt, man werde sich einseitig an die Besetzung vom letzten Streik halten. Was sich in zweierlei Maß ungünstig auswirkte. Einerseits war die reale Besetzung der Stationen entweder genau dieses Mindestmaß oder es lag noch darunter. Das bedeutete, dass man auf den Stationen größtenteils erneut nicht am Streik teilnehmen konnte. Andererseits sorgte das Nichtexistieren eines verbindlichen Notdienstes für Verunsicherung unter KollegInnen. Daher nahmen am ersten Tag nur knapp 80 Beschäftigte teil. Und das obwohl von Seiten der Klinikgeschäftsführung und des unpopulären Pflegedirektors flächendeckende Einschüchterungsversuche ausblieben. Was allerdings zeigt, dass viele dies Europas größtem Klinikkonzern durchaus zutrauen. Das dies nicht unbegründet ist zeigt folgende Begebenheit: In einem SZ Zeitungsartikel am 11.10. zu einer Aktion für Azubis (in unserem Jargon KrankenpflegeschülerInnen) vor der Dachauer Krankenpflegeschule wurden einige KPS zitiert, sie würden nicht an den Amper Kliniken anfangen, sollte sich nichts grundlegendes

ändern. Die SchülerInnen werden allzu oft zur Kompensation personeller Engpässe herangezogen und sollen ganze Pflegegruppen übernehmen. Seit 1.10. unterstehen die KPS nur noch dem Pflegedirektor. Den Artikel nahm Klinikgeschäftsführer Thomas Eberl zum Anlass die interviewten Azubis zu sich zu zitieren. Dort wurden sie allerdings eher belabert als eingeschüchtert. Sie könnten mit ihren Anliegen jederzeit zu ihm kommen etc. Aber die Wirkung einer solchen Einladung darf dabei nicht unterschätzt werden.

Erfreulich war, dass sich wieder sehr viele KrankenpflegeschülerInnen an den Aktionen beteiligten. Auch beteiligten sich viele KollegInnen vor und nach dem Dienst oder in der Freizeit. Zwei Chefärzte verlegten ihre Ops oder Untersuchungen, die restlichen ignorierten den Streik und zogen ihr gesamtes Programm durch. Die logische Konsequenz, wenn man sich an keine Notdienstvereinbarung halten muss. Völlig unverständlich blieb unter den Streikenden, wie sich der oberste verdi Aktivist im Betrieb am Vortag auf einer gut organisierten Station zu Aussagen hinreißen lassen konnte, die den Pflegedirektor in Schutz nehmen. Wie man sich vor einem Streik auf die Seite des Arbeitgebers schlagen kann bleibt schleierhaft. Umso besser, dass sich die KollegInnen darüber eher amüsierten. Immer wieder wird deutlich, dass sehr viele nicht einfach das Vorgegebene nachplappern, sondern ein eigenes Bewusstsein und v.a. Selbstbewusstsein entwickelt haben.

Als Streiklokal wurde das Gasthaus 3 Rosen gebucht. Um dorthin zu gelangen zogen die Streikenden mit Transparenten, Fahnen und den obligatorischen Trillerpfeifen durch die Altstadt. Wegen der Masse an Leuten musste der Gehweg verlassen werden und der Fußmarsch wurde zur Demonstration. Dabei wurden Autofahrer zur Solidarität aufgefordert („2x Hupen für mehr Krankenhauspersonal“), was die meisten auch aufgriffen. Besonders erwähnt werden müssen an dieser Stelle die Dachauer Busfahrer für ihr solidarisches Verhalten. Man merkte schnell, dass die Bevölkerung unseren Anliegen positiv gegenübersteht und unsere Kritik an Arbeitsbedingungen und Konzern nur allzu deutlich teilt.

Ins Streiklokal wurden alle Fraktionen des Dachauer Kreistags eingeladen. Hintergrund war u.a. die negativen Äußerungen von Landrat Löwl, der von „Lügen“ sprach und behauptete es würde mit „Unwahrheiten gezielt Stimmung gemacht“ gegen die Klinik. Obwohl die Kreistagsmitglieder sich in der Sitzung Anfang Oktober kritisch gegenüber der Klinikleitung äußerten, nahmen lediglich die SPD Kreisräte Dirlenbach und Eichinger an der Streikversammlung teil. Diese allerdings bekräftigten vor der mittlerweile auf über 100 KollegInnen angewachsenen Versammlung einigermaßen glaubhaft, dass ihnen die Verhältnisse an den beiden Kliniken ein deutliches Anliegen seien. Allerdings mussten sie nachschieben, dass der Landkreis mit seinen 5,1% Anteilen kein Mitspracherecht mehr besäße. Die KollegInnen berichteten ungeschönt von den Zuständen, der alltäglichen Arbeitsbelastung, Unterbesetzung, Ignoranz und despektierliches Verhalten seitens des Pflegedirektors und wie die PatientInnen dadurch nicht mehr ausreichend versorgt werden könnten. Es ist schön zu sehen, wenn KollegInnen über ihren Schatten springen und spontan das Wort ergreifen.

Nachdem sich rumgesprachen hatte, dass man trotz Notdienstvereinbarung prima streiken kann, war die Beteiligung an Tag 2 mit weit über 120 KollegInnen deutlich höher. Die Dynamik war größer, der Lärmpegel höher und die Entschlossenheit ebenso. Auch gemalte Schilder wurden mitgeführt, z.B. mit der trefflichen Aussage „Helios: Come in and burn out“. Selbstverständlich wurde wieder zum 3 Rosen in einer Demonstration gezogen. Dort erklärten sich die Bundestagsabgeordneten Michael Schrodi (SPD), Harald Weinberg (Die Linke) und Beate Walter-Rosenheimer (Grüne) bereit mit den Streikenden zu diskutieren. Letztere blieb dabei inhaltlich etwas blass. Alle befürworteten eine gesetzliche personelle Mindestbemessung im Klinikbereich, stellten aber sogleich in Aussicht, dass diese in absehbarer Zeit nicht kommen werde. Die Debatte war deutlich politischer, das

Gesundheitssystem im allgemeinen betreffend, was an den geladenen Gästen lag. Auch OB Florian Hartmann kam spontan ins Streiklokal und drückte seine Solidarität aus. Im Anschluss statteten noch 40 Streikende dem Landratsamt einen lautstarken Besuch ab. Der Adressat Stefan Löwl war leider nicht anwesend, aber einer seiner Mitarbeiter empfing eine kleine Delegation.

Fazit: Erneut ziemlich gut, aber mit Luft nach oben. Helios klebt derzeit Zettel im ganzen Betrieb, in denen sie behaupten ihr „Angebot“ stehe. Ihr Vorschlag für eine Arbeitsgruppe im Jahr 2019 und eine vorgeschlagene Betriebsvereinbarung ohne konkreten Inhalt stellt noch lange kein Angebot dar. Auch wenn man im finanziellen Bereich bereit wäre den Forderungen entgegen zu kommen, so ist die Weigerung die Beschäftigten zu entlasten, sie alleine über ihre Belastung zu befragen, eine klare Ansage, welche Sichtweise sie von uns Beschäftigten haben. Wir sollen schön weiter buckeln bis zum Umfallen. Und sollten wir dagegen aufbegehren ist es „unverhältnismäßig“? Sie bleiben unnachgiebig, wir bleiben es auch. Wir werden mit jedem Streik unsere Würde ein Stück mehr zurückholen.

Flugblatt Warum wir streiken

<http://betriebsgruppen.de/bgak/download/streik25261017.pdf>

Presseberichte:

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/streikam-dachauer-krankenhaus-wild-entschlossen-1.3723618>

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/streik-der-pfleger-politiker-versprechen-unterstuetzung-1.3726121>

verdi PM

<http://gesundheit-soziales-bayern.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++c948f574-b977-11e7-affb-525400423e78>

Bericht vom ersten Warnstreik

<http://betriebsgruppen.de/bgak/index.html#Solidarit%C3%A4tstattLeistungsdruckf%C3%BCrProfiteWarnstreikandenHeliosAmperKlinikenDachau>

Nachwuchs macht seinem Unmut Luft. Die Auszubildenden der Krankenpflegeschule fühlen sich auf den Stationen des Dachauer Klinikums allein gelassen.

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/nachwuchs-macht-seinem-unmut-luft-protest-gegen-arbeitsbedingungen-1.3702881>

Kreistagssitzung

<https://www.merkur.de/lokales/dachau/dachau-ort28553/dachauer-kreisraete-kritisieren-helios-8772039.html>

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/fehlende-pflegekraefte-betten-muessen-leer-bleiben-1.3707667>

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/gegen-die-konzernpolitik-aufstand-der-pfleger-1.3714428>

Quelle: [Betriebsgruppe Klinikum Dachau](#)

Leiharbeiternehmer – Es geht auch anders!: Was wurde nicht schon alles negatives über Zeitarbeitsunternehmen – Leihfirmen - berichtet und geschrieben?! Deren Methoden, wie diese sogenannten „Personaldienstleister“ ihre Leiharbeiternehmer regelrecht betrügen, ausbeuten und wie Sklaven behandeln. Wir kennen genügend persönliche Schicksale von Leiharbeiternehmern, die diese Zustände genauso beschreiben und erleben. Das es allerdings auch anders gehen kann, möchten wir euch in diesem Artikel etwas näher beschreiben. Damit wir uns an dieser Stelle nicht gleich missverstehen: „Auch wir von der GdA Betriebsgruppe Echnaton sind generell gegen Leiharbeit und plädieren für deren Abschaffung“!



Wie ihr ja bereits wisst, hat uns unser ehemaliger Arbeitgeber die DHL mit Hilfe der Gewerkschaft Ver.di - wir haben darüber berichtet - zu Ende Februar 2017 vor die Tür gesetzt. Damit die DHL in der Öffentlichkeit „gut“ dasteht, einigte man sich darauf uns in eine Transfergesellschaft zu verfrachten. Diese ist nun seit Ende Oktober für alle vorbei. Während die einen Teilnehmer über Freunde, Bekannte oder der Familie schnell wieder in Arbeit

gekommen sind, haben es andere Teilnehmer über den Weg von Bewerbungen versucht. Dies ist jedoch nahezu erfolglos geblieben. Nun war guter Rat teuer. Sollte man den anstrengenden Weg über die Agentur für Arbeit nehmen, in Hartz IV rutschen oder doch eher eine Leihfirma in Anspruch nehmen die dich nur ausbeuten will?! Welches nun davon die schlechtere Wahl ist, muss jeder für sich selbst entscheiden.

Nun schildere ich euch meine persönlichen Erfahrungen als Leiharbeiternehmer!

Seit Anfang Oktober gehöre ich nun zum „Club“ der Leiharbeiternehmer. Ich war ein Teilnehmer der Transfergesellschaft, der sich für diesen Weg entschieden hat und nicht den Weg über die Agentur für Arbeit gehen wollte. Da mir diese Tatsache schon frühzeitig bewusst war, hatte ich also während der Transfergesellschaft Zeit genug zu reagieren, falls meine Bewerbungen keinen Erfolg haben sollten. Leider kam es so wie es kommen musste. Alle Bewerbungen blieben ohne Erfolg. Die Firmen haben mir nur Absagen erteilt, mit dem Tenor: „Die Stelle auf die Sie sich bei uns beworben haben werden nur von unseren Servicepartnern abgewickelt“, also nur über Leihfirma. Nach der letzten Absage hatte ich dann genug. Ich habe keinen Sinn mehr darin gesehen, Zeit und Geld in Bewerbungen zu stecken die eh erfolglos bleiben würden! Also blieb nur noch eine Leihfirma übrig. Da ich ja bereits viele Erlebnisse von Leiharbeiternehmern kannte, war ich anfangs etwas nervös. Mich hat das ein Paar Tage erheblichen Schlaf gekostet. Diese ganze Ungewissheit war echt anstrengend und nervenaufreibend. Doch es nutze nichts, eine Lösung musste her!

Da Bremen eh die Hochburg für Leihfirmen ist, ich noch Zeit genug hatte, klapperte ich einige von ihnen ab. Doch entweder gefielen mir deren Konditionen nicht oder die Leihfirmen wollten mich nicht nehmen, da ich diverse Ansprüche an diese gestellt hatte. Über einen Bekannten bin ich schließlich auf eine Zeitfirma aufmerksam geworden - Name wird nicht genannt - die sich vielversprechend anhörte. Ich vereinbarte also per Mail einen Termin. Was ich dort erlebte, lag ganz in meinem Sinn. Der Chef der Leihfirma war höflich, nett und freundlich. Nachdem er mir alles über seine Leihfirma, deren Konzept und den Umgang mit Leiharbeiternehmern erzählt hatte, teilte er mir noch mit, dass seine Leihfirma nur mit ausgewählten Kunden zusammenarbeitet, die von ihm möglichst qualifiziertes Personal erwarten. Dann durfte ich ihn fragen was ich wollte. Ich hatte viele

Fragen, die er geduldig beantwortete. Als wir zu den Konditionen kamen, sagte er mir, er könne zwar keine 15 Euro Stundenlohn bezahlen, doch er bezahlt etwas mehr als dies normalerweise üblich sei. Dafür könne ich mit ihm Konditionen aushandeln, damit ich mir vorstellen kann für ihm zu arbeiten. Und ob ihr es nun glauben wollt oder nicht, der Chef von der Leihfirma ist tatsächlich auf die meisten meiner Konditionen eingegangen. Auch wenn ich gerade erst einen Monat für die Leihfirma arbeite, kann ich durchaus bestätigen, dass diese Leihfirma schon frühzeitig den aufkommenden Trend erkannt hat. Nicht die quantitative sondern die qualitative Dienstleistung wird es sein die Firmen zukünftig von einem Zeitarbeitsunternehmen erwarten, und hierzu gehören nun mal auch qualifizierte Leiharbeitnehmer. Abgesehen von der Bezahlung – diese wird aber mehr, je länger man bei der Leihfirma beschäftigt ist, fühle ich mich recht wohl bei der Zeitfirma. Kein Druck, kein Stress und die Arbeitsbedingungen sind super. Hierzu zählt natürlich auch die Firma für die ich derzeit im Dauereinsatz arbeiten darf – Wie mit meinem Chef vereinbart. In dieser Firma ist das richtig geil organisiert. Hier darf uns nur der Meister die Arbeiten zuweisen, die Festangestellten MitarbeiterInnen hingegen nicht. Wir Leiharbeitnehmer verwalten uns faktisch selbst. Niemand der hinter uns steht und am rumstressen ist. Der Meister sagt Morgens an was zu tun ist und erwartet von uns Leiharbeitnehmern das wir selbstständig die Arbeiten erledigen. Keine Kontrollen, keine Vorgaben in welcher Zeit die Arbeit erledigt sein muss. Solche Vorzüge habe ich bei der DHL nie gehabt. Was die festangestellten MitarbeiterInnen dürfen, dürfen wir Leiharbeitnehmer auch, z. B. zwischendurch eine rauchen gehen. Aber wie gesagt: „Egal wie gut die Zeitfirma oder der derzeitige Auftraggeber auch sind, Leiharbeit gehört generell abgeschafft“!



Streikalarm bei der DHL Home Delivery: Genug ist Genug! > Die DHL Home Delivery ist zentraler Mittelpunkt des Angriffes auf die Arbeitsbedingungen bei der Post. Es war die Kernforderung des Poststreiks, die Ausgliederung in den Niedriglohnsektor zu verhindern. Doch genau an dieser Stelle hatte die Gewerkschaft Ver.di den Streik verraten, indem sie ihn frühzeitig beendete, ohne sich jedoch zu diesem Zeitpunkt

auch nur einen Millimeter der Hauptforderung genähert zu haben. So haben die Mitarbeiter der DHL Neubrandenburg Delivery GmbH ihre Arbeit niedergelegt. Die Paketzusteller streikten vor ihrem Firmensitz in Klein Schwaß bei Rostock. Hierbei handelt es sich um eine Firma die eine 100%ige Tochter der Deutschen Post ist. Die MitarbeiterInnen tragen die gleiche Bekleidung wie die Postmitarbeiter, doch die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung sind erheblich schlechter. Durch den Streik blieben Tausende Pakete liegen. Die Paketzusteller fühlen sich vom Mutterkonzern betrogen, sie fordern die selben Konditionen wie bei der Post selbst. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, kündigten die Paketzusteller für die Vorweihnachtszeit weitere Aktionen an. Die Paketzusteller würden es begrüßen, wenn sich auch andere Standorte in Deutschland an den Aktionen beteiligen würden. Nur gemeinsam wird so genügend Druck auf das Mutterunternehmen ausgeübt, lautet ihr Tenor. Auf die Gewerkschaft Ver.di wollen sich die Streikenden nicht mehr verlassen, sie fühlen sich von der Gewerkschaft hintergangen!

Anmerkung: Auch bei der ehemaligen DHL Home Delivery in Bremen hatte die Gewerkschaft Ver.di 2015 den Streik vorzeitig beendet, ohne jedoch das Ziel erreicht zu haben die Ausgliederung in den Niedriglohnsektor zu verhindern. Dafür gab es dann Ende Februar 2017 über 300 MitarbeiterInnen die ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Der Post-Konzern wollte seine zu teuer gewordenen Langzeitbeschäftigten bei der DHL Home Delivery einfach nur loswerden, wobei die Gewerkschaft Ver.di mit dem plötzlichen Abbruch des Streiks den Post-Konzern tatkräftig unterstützte.



Leihkeule, aktiv in Wolfsburg: In Deutschland kennen vor allem Leiharbeiternehmer „Die Leihkeule – unabhängige Zeitung für Leiharbeiternehmer“. Die Macher dahinter setzen sich seit Jahren für Leiharbeiternehmer und gegen Leiharbeit aktiv ein. Gerade durch ihre Proteste und Aktionen sorgen sie so für öffentliche Aufmerksam-

samkeit. Aber auch im Ausland kämpft die Leihkeule an der Seite der Leiharbeiternehmer. So ist diese u.a. regelmäßig bei Volkswagen in China im Einsatz. Dort kriselt es gewaltig. Die Leihkeule wirft den Volkswagenkonzern unrechtmäßige Behandlung der gut 3000 Leiharbeiternehmern im Werk in Changchun vor, weil diesen nur die Hälfte des Lohns gegenüber der Stammbesatzung gezahlt wird. Dies ist ein klarer Verstoß gegen das chinesische Arbeitsrecht und zudem eine von Volkswagen unterzeichnete Charta. Leiharbeiternehmer die gegen die unrechtmäßige Behandlung protestierten wurden festgenommen. Die Aktivisten der Leihkeule bekundeten daher am Donnerstag den 16.11.2017 in der Innenstadt von Wolfsburg ihre Solidarität! Sie forderten mit Bannern und Flugblättern die Freilassung der festgenommenen Leiharbeiternehmer sowie die Anpassung der Bezahlung der Leiharbeiternehmer im Werk Changchun. Die Protestaktion erregte genügend Aufmerksamkeit bei der Lokalpresse in Wolfsburg, sodass diese einen Artikel in der Zeitung veröffentlichte. Den Aktivisten erschien dies wie ein kleines Wunder, da ihnen gesagt wurde, im Wolfsburger Raum sei es nur schwer möglich einen VW-kritischen Bericht zu veröffentlichen. Nachdem der Protest in der Innenstadt von Wolfsburg beendet war, machten die Aktivisten anschließend noch eine kleine Kundgebung vor dem Gebäude der IGM Wolfsburg.



Paketzustellung: Nun ja, dass die Gier der Unternehmen keine Grenzen mehr kennt ist nichts neues! So lassen diese sich permanent haarsträubende Begründungen einfallen warum sie ihre Mitarbeiter kündigen, Standortschließungen vornehmen oder mal wieder ihre Preise erhöhen müssen. Was zählt, ist nur die Gewinnoptimierung! Jetzt ist der Geschäftsführer des Paketdienstes DPD, Boris Winkelmann auf die „geniale“ Idee gekommen, zukünftig die Paketzustellung einzuschränken und sich hierfür fürstlich bezahlen zu lassen. Kunden die ein Paket erwarten, sollen dieses nun persönlich bei einem Paketshop abholen. Wer seine Pakete auch weiterhin bis vor die Tür

geliefert bekommen möchte soll dafür bezahlen. Zunächst soll die Lieferung vom Paketshop bis an die Haustür 50 Cent kosten. Winkelmann begründete diesen Schritt wegen des starken Wachstums im Online-Versandhandel. Die Kosten für die Zustellung seien hierdurch erheblich gestiegen. Auch die Konkurrenten von DPD nahmen diese Idee der Paketzustellung mit Begeisterung auf. Schließlich sei die Paketzustellung bis an die Haustür mit einem hohen Aufwand verbunden. Sollte sich diese Art der Paketzustellung zukünftig tatsächlich durchsetzen, haben sich die Paketdienste somit eine weitere Geld sprudelnde Einnahmequelle geschaffen. Sicherlich wird es nicht bei den 50 Cent bleiben. Ist ein solches System erst einmal installiert, können die Unternehmen die Preise für die Zustellung bis an die Haustür diktieren. So werden sie den Zusatzbetrag für ein Paket nach Kilogramm festlegen oder ob ein Paket in den achten Stock eines Hochhauses geliefert werden soll. Das die PaketfahrerInnen davon profitieren werden kann bereits ausgeschlossen werden. Diese schieben ohnehin schon erhebliche Überstunden für die sie nicht bezahlt werden, oder die Zustellung wird bereits von Paketfahrern von Sub-Unternehmen ausgeführt die regelrecht von ihren Bossen betrogen werden. Die zukünftige Zusatzzahlung für die Paketlieferung bis an die Haustür nutzt also nur den Unternehmen selbst etwas, sie können ihre Gewinne so erheblich steigern! Für die PaketfahrerInnen hingegen könnte es eng werden. Wenn diese nicht mehr so viele Pakete zustellen müssen, werden sie auch nicht mehr gebraucht. Die Unternehmen können so weitere Entlassungen vornehmen und ihre Gewinne somit zusätzlich in die Höhe katapultieren, arme widerliche Arbeitswelt!...

Niedriglöhne und „mafiose Strukturen“: Paketfahrer verklagt die Post!

Ein tschechischer Fahrer arbeitet in Deutschland für die Post, allerdings ist er bei einem Servicepartner unter Vertrag. Er wird mit einem Hungerlohn abgespeist, nun wehrt er sich juristisch dagegen.

Der Online-Handel boomt und somit wird die besinnliche Vorweihnachtszeit für die Mitarbeiter der Paketfirmen die Hölle. Der Bundesverband Paket & Expresslogistik (BIEK) rechnet damit, dass bis zu 30 Millionen Pakete mehr verschickt werden als im Vorjahr. Täglich werden bis zu 15 Millionen Sendungen zugestellt – das ist ein absoluter Rekord. Das treibt den Umsatz der Lieferfirmen regelrecht in die Höhe. Doch bei den Fahrern bleibt wenig hängen. Auch weil sie meist gar nicht bei den Logistikunternehmen beschäftigt sind. So wie ein Tscheche, von dem die [„Süddeutsche Zeitung“](#) berichtet. Er ist bei einem ausländischen Subunternehmen der Post angestellt, fährt aber in Deutschland Briefe und Pakete aus. Dennoch ist er viele Euros vom Mindestlohn entfernt. Er bekommt einen monatlichen Grundlohn von 550 Euro, so die Zeitung. Doch der Fahrer wehrt sich nun und hat vor dem Arbeitsgericht in Bonn nicht sein Sub-Unternehmen an den Pranger gestellt, sondern die Deutsche Post. Er fordert von dem Unternehmen 8302,50 Euro, die ihm seiner Meinung nach für die Monate vom Oktober 2015 bis August 2016 zustehen. Die Post will sich zu dem konkreten Verfahren nicht äußern...

